

Mediale Reaktionen auf die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik zu der Zeitschrift „Die Neue Ordnung“ (Stand Anfang April 2019)

Der Deutschlandfunk hat den Vorgang in einer Sendung der Reihe „Tag für Tag“ am 27.3.2019 aufgegriffen; Bernhard Emunds erläutert dort die Entscheidung und die Gründe der Arbeitsgemeinschaft. Zu Wort kommen zudem der Publizist Andreas Püttmann, früher Autor der Zeitschrift, der die Entscheidung bereits unmittelbar nach der Bekanntmachung begrüßt hatte, sowie Manfred Spieker: https://www.deutschlandfunk.de/debatte-um-christliches-magazin-neue-ordnung-rechte-ordnung.886.de.html?dram:article_id=444627. Lothar Roos äußert sich weitgehend wortgleich wie Spieker in der „Deutschen Tagespost“ (<https://www.die-tagespost.de/politik/wi/Auf-der-schwarzen-Liste;art314,196893>), die zudem in der online-Ausgabe einen Kommentar veröffentlicht hat, vgl. <https://www.die-tagespost.de/politik/pl/Kommentar-Maulkorb-statt-Argument;art315,196843>.

Dass Axel Bernd Kunze sich in einem Brief an die GKP gewandt und um Einspruch der Vereinigung gegen den Schritt der AG CSE gebeten hat, den er als Aufruf „zur Säuberung wissenschaftlicher Bibliotheken“ bezeichnet, ist dem Editorial von Joachim Frank in den GKP-Informationen 36 / 2019, H. 4, S. 2 zu entnehmen.

Prof. Jan Doehorn, evangelischer Theologe / Bibelwissenschaftler, kritisiert den Schritt der Arbeitsgemeinschaft in einem ausführlichen Brief, den er auf der Internet-Seite des Forum Sozialethik veröffentlicht hat: <https://forum-sozialethik.de/2019/03/19/sozialethikerinnen-boycottieren-rechte-zeitschrift/>

Kommentar der Sprecherin

Wortwahl und Semantik in einigen Kritiken bestätigen, wie notwendig die Unterscheidung zwischen sachbezogener wissenschaftlicher Auseinandersetzung und Polemik ist. Wenn die Kritiker Roos und Spieker die Distanzierung der Arbeitsgemeinschaft von der NO mit Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen jüdische Geschäfte und mit Bücherverbrennungen vergleichen, ist der Maßstab für die Unterscheidung zwischen zivilisierter öffentlicher Auseinandersetzung und roher Gewalt offensichtlich verloren gegangen.

Gegenüber Vorwürfen, der Schritt der AG CSE bedeute einen Angriff auf die Meinungsfreiheit bzw. den „freien publizistischen Diskurs“ (Kunze), sei klargestellt: Unsere Maßnahme richtet sich nicht gegen die Meinungsfreiheit – sei es des Herausgebers der NO oder der Personen, die in diesem Organ veröffentlichen möchten. Wir haben uns in Verantwortung für unser Fach von der NO distanziert, weil sie den Anspruch einer wissenschaftlichen sozialetischen Zeitschrift zugunsten einer einseitigen politischen Propaganda weitestgehend preisgegeben hat. Das ist weder eine Einschränkung der Meinungsfreiheit noch ein „Bann“, wie eine Zuschrift an mich betitelt war. Es kann auch keine Rede von einer Unterdrückung kritischer Stimmen sein; es bleibt allen Interessierten unbenommen, die im Internet frei zugängliche NO zu lesen.

Ratschlägen, wir mögen doch unsere Entscheidung zurücknehmen und uns stattdessen auf eine inhaltliche Auseinandersetzung einlassen, sei entgegnet, dass Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik seit Jahren die inhaltliche Auseinandersetzung mit Positionen, wie sie durch den Herausgeber der NO und ihm nahe stehende politische Akteure vertreten werden, führen und

weiter führen werden. Als Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik nehmen wir Verantwortung für das Profil der Christlichen Sozialethik als theologischer Wissenschaft wahr; dazu gehört auch die Zurückweisung einer Politisierung von wissenschaftlichen Publikationsorganen – bzw. eben die Distanzierung von entsprechenden Tendenzen als nicht wissenschaftskompatibel.

Marianne Heimbach-Steins